Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 280. Montag den 4. Juni 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Gesucht

wird der am 11. August 1848 in Dresden geborene Selterswasserfabrikant **Wilhelm Richard Reinhard**, welcher zur Fürsorge für seine Ehefrau anzuhalten ist.

Leipzig, am 1. Juni 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt, Abth. II.

A. R. VI, 1144 b. Hentschel. Meyer.

Bekanntmachung.

Der gegen die Ehefrau **Auguste Lange** geb. **Schöpke**, zuletzt in **Bitterfeld**, geb. am 21. September 1857 in **Tömmerda**, unterm 27. April 1894 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Bitterfeld, den 1. Juni 1894.

Königliches Amtsgericht.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 3. Juni.

Der Sieg, den der Socialdemokrat Gerisch im **23. sächsischen Reichstagswahlkreise** über den Cartelcandidaten Uebel davongetragen hat, wird natürlich von der socialdemokratischen Presse mit lautem Jubel begrüßt, in den sich wilder Hohn über den Besiegten mischt. Und dieser Hohn ist nur zu begreiflich, da erst unlängst die sächsischen Conservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und Kammerfortschrittler das Cartel gegen die Socialdemokratie erneuert hatten. Es ist auch begreiflich, daß die demokratische „Frankf. Ztg." in diesen Hohn mit einstimmt und daß dieses Blatt besonders über den Antheil jubelt, den die Antisemiten des Wahlkreises an der Zersplitterung der Kräfte der Ordnungsparteien genommen haben. Das ist Wasser auf die Mühle der schroffsten Gegner der Antisemiten, denen übrigens auch von conservativer Seite bittere Vorwürfe nicht erspart werden. So schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.":

„Daß auch bei dieser Wahl die antisemitische Agitation den Socialdemokraten das Mandat verschafft hat, ist nur ein schwacher Trost; wer täglich beobachten muß, wie das Parteigezänk hin und her geht, kann sich der Sorge nicht entschlagen, daß die bürgerlichen Parteien noch manchen „Schaden" werden erleben müssen, bevor sie „klug" werden."

Die „Nationalliberale Correspondenz" nennt die Wahl einen sehr ernsten und warnenden Vorgang und richtet ganz in demselben Sinne, in dem wir gestern uns äußerten, ihre Mahnungen an die Anhänger aller Ordnungsparteien: „Es hat sich wieder einmal mit erschreckender Klarheit gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien mehr und mehr außer Stande sind, selbst der Umsturzpartei gegenüber zusammenzuhalten. Jede kleine Gruppe, wenn sie auch nur tausend Stimmen aufzubringen vermag, stellt heutzutage ihren eigenen Candidaten auf und richtet ihren Kampfeseifer zum größten Theil gegen verhältnißmäßig nahestehende Parteien. Daraus entsteht dann eine Verbitterung und Verhetzung, die auch bei Stichwahlen kein festes Zusammengehen mehr zuläßt, zahlreiche Wähler zur Stimmenthaltung oder gar zum Eintreten für die Socialdemokraten veranlaßt. Es ist gar kein Zweifel, daß in den weitaus meisten, jetzt von den Socialdemokraten vertretenen Wahlkreisen die verschiedenen bürgerlichen Parteien in ihrer Gesammtheit an sich das Uebergewicht besitzen, aber sie werden immer unfähiger, auch der dringendsten gemeinsamen Gefahr gegenüber sich über armseliges Parteigezänk hinwegzusetzen. Den Wahlkreis Plauen haben die Socialdemokraten noch niemals besessen. Es sollte uns nach solchen Vorgängen nicht wundern, wenn das so weiter ginge. Zunächst kommt jetzt Pinneberg. Die bürgerlichen Parteien werden sich ihrer höchsten Interessen und ihrer politischen Pflichten erst wieder genügend bewußt werden, wenn es noch ärger im deutschen Reichstag aussieht."

In Brüssel scheint man einzusehen, daß man sich durch das zwischen dem **Congostaate** und **England** über den Kopf der deutschen Reichsregierung hinweg geschlossene Abkommen in eine schiefe Lage gebracht hat. Von verschiedenen Seiten wird aus der belgischen Hauptstadt eine Art von Einlenken gemeldet. Die Congo-Regierung habe, so wird gesagt, eine Aenderung des Abkommens in Aussicht gestellt, daß der an England verpachtete Landstreifen, anstatt der Grenze entlang, quer durch das Congogebiet verlegt werden soll. Auch in den „Berl. Pol. Nachr." heißt es: „Aus dem bisherigen Gang der Verhandlungen, die zwischen Deutschland und dem Congostaat schweben, scheint sich die Bereitwilligkeit des Congostaates zu ergeben, dem Verlangen Deutschlands nachzukommen, daß die unmittelbare Grenze zwischen dem Congostaate und Deutschostafrika auf der ganzen Linie gewahrt bleibe." Aber diese Art von Einlenkung hat nicht viel zu bedeuten, denn selbst wenn der Versuch gemacht werden sollte, den auf Pacht abzugebenden Landstreifen etwas von der deutschen Grenze nach Westen zu verlegen, so würde das an dem Widerspruche Deutschlands nichts ändern können. England verlangt einen durchgehenden Streifen Landes, welcher seine nord- und südafrikanischen Besitzungen unmittelbar verbindet. Mag nun dieser Streifen unsere Grenze bilden oder mehr ins Innere des Congostaates verlegt werden: beides hat die gleiche Wirkung; denn jedenfalls wird damit die freie Verkehrszone durchbrochen, welche das deutsche Reich mit dem Congostaate im Jahre 1884 bis zur Westküste Afrikas vereinbart hat. Uebrigens hat es mit dem deutschen Einspruche sein eigenes Bewenden. Die deutsche Regierung hat am 28. Mai d. J. zu Brüssel einen Protest gegen das Abkommen vom 12. Mai überreichen lassen, und nach sonstigem Brauche mußte angenommen werden, daß ein gleicher Einspruch auch an den anderen Contrahenten nach London ergehen würde. Das ist offenbar nicht geschehen; beim englischen Cabinet ist keine bezügliche Mittheilung von Berlin eingegangen. Die französische Regierung hat dagegen zugleich in London und in Brüssel Protest erhoben. Der englischen Regierung wird daher der deutsche Einspruch nicht sonderlich imponiren.

Immer deutlicher stellt es sich heraus, daß die **ungarische** Ministerkrise in ihren letzten Ursachen auf den Widerstand der Wiener Hofkreise gegen den „Demokraten" Wekerle, den „Vorkämpfer des Parlamentarismus nach englischem Muster" in Ungarn, zurückzuführen ist. So schreibt in wesentlicher Uebereinstimmung mit unserer Auffassung der Lage der „Hamb. Corresp.":

Es ist unzweifelhaft, daß es die Person Wekerle's ist, die den Klerikalen und Hofwürdenträgern nicht gehen war. Scheint sich doch die klerikale Presse Wiens gar nicht, dies auszusprechen, indem sie angesichts des erfolgten Rücktritts des Cabinets Wekerle der Freude darüber Ausdruck giebt, daß „nun der verhängnißvollen Wirksamkeit dieses Abenteurer-Ministeriums ein Ende bereitet sei". Es bleibt tief zu beklagen, daß die Krone diesen Einflüssen bei der Entscheidung über das Schicksal des Cabinets Wekerle zugänglich war, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die Folgen auch in der Hofburg schwer empfunden werden. Daran ist freilich nicht zu zweifeln, daß es dem Banus von Kroatien und jetzigen ungarischen Ministerpräsidenten gelingen wird, eine nochmalige Ablehnung des Civilehegesetzes im Magnatenhause zu verhindern, aber die Herren Magnaten werden voraussichtlich Aenderungen daran vornehmen, die eine nochmalige Verhandlung des Gesetzes im ungarischen Reichstag nothwendig machen. Und dann ist der Moment gekommen, wo es sich zeigen muß, ob es dem Grafen Khuen mit Rücksicht auf seine Würde als Ritter des goldenen Vließes und seine Verwandtschaft mit Koloman Tißza (er ist mit einer Nichte dieses ungarischen Staatsmannes verheirathet) gelingen wird, die liberale Partei und damit die Mehrheit des Reichstages für ein vom Magnatenhaus abgeändertes Ehegesetz zu gewinnen. Wir zweifeln daran. Es wäre also nur möglich, das Kritische der Situation zu umgehen, wenn es dem Einflusse der Krone gelänge, im Magnatenhause eine Majorität für die kirchenpolitische Reform in ihrer jetzt projektirten gesetzgeberischen Gestalt zu schaffen. Kaiser Franz Joseph weilt sich nach Pest begeben und dort bleiben, bis die Bildung des neuen Cabinets vollendet ist. Sicher wird die Person des Monarchen manchen Zufälligkeiten vorbeugen, die sonst bei der berechtigten hochgehenden Erregung der ungarischen Bevölkerung zu erwarten standen; im mündlichen Gedankenaustausch mit hervorragenden Mitgliedern des Klerus und conservativen Magnaten dürfte manche Schwierigkeit beseitigt werden, die in der Hitze des parlamentarischen Kampfes der Widerstand der Gegner des Civilehegesetzes besonders scharf hervortreten ließ. Es ist bei Anwendung aller der Krone zur Verfügung stehenden Mittel, wie gesagt, möglich, im Magnatenhaus ohne Zuziehung eine knappe Majorität für das Civilehegesetz zu Stande zu bringen, aber dann tritt auch die Frage unumwunden hervor, welche Gründe bestimmend waren, dem Ministerium Wekerle das zu verweigern, was dem Banus von Kroatien und seinen Freunden bewilligt wird.

Wir sind der Ueberzeugung, daß das ungarische Volk das Ehereformgesetz aus der Hand des Oberhauses nur in der von Wekerle und Szilagyi geschaffenen Form entgegennehmen und jedem Ministerium sich widersetzen wird, auf dem auch nur der leiseste Verdacht ruht, daß es den durch die geschichtliche Entwickelung als richtig und unabweislich erwiesenen Principien der Ehereckteform durch Compromisse auch nur ein Titelchen abzumarkten versuchen will, und wir sind deshalb durch die uns heute zugehende Drahtmeldung, Khuen-Hedervary betrachte seine Mission zur Cabinetsbildung bereits als gescheitert, nichts weniger als überrascht.

Noch rascher als das Revanchefieber geht in **Frankreich** in letzter Zeit die Manie zurück, in jedem Elsaß-Lothringer einen Märtyrer zu sehen, dem geholfen werden müsse. Die letzte Generalversammlung der Mitglieder der „Société de Protection des Alsaciens-Lorrains" liefert hierfür den besten Beweis. Die Gesellschaft war früher sehr reich und hatte einen fast unbeschränkten Einfluß in allen französischen Verwaltungen. Die Quellen des Reichthums sind versiegt; der Einfluß ist auf ein Minimum herabgesunken. Die Einnahmen des Vereins betrugen Jahre lang bis gegen eine halbe Million Mark; heute schließen die regelmäßigen Einnahmen mit weniger als 100 000 Mark ab. Ehemals war keine Stellung im Staat zu hoch, keine Pfründe zu fett, die Gesellschaft der Protection der Elsaß-Lothringer durfte sie mit bester Aussicht auf Erfolg für eines ihrer Mitglieder beanspruchen. Das Alles hat sich geändert. In der Armee, wie in der Civilverwaltung, im Staats-, wie im Privatdienst macht sich eine sehr bemerkliche Reaction gegen das Ueberhandnehmen der „deutschen Dickköpfe" geltend. Und das erklärt sich. Es hat eine Zeit gegeben — als Jules Ferry auf dem Höhepunct seiner Macht stand — zu der ein Drittel der höheren Verwaltungsbeamten, fast die Hälfte der gutbezahlten Steuererheber, nahezu alle Inhaber hervorragender Colonialposten und ein sehr bedeutender Bruchtheil der Oberofficiere oder der auf den Listen zu Vorzugs-Avancement stehenden niederen Officiere entweder wirklich Elsaß-Lothringer waren oder sich für solche ausgaben. In dieser Beziehung haben sich, wie gesagt, die Zeiten in Frankreich geändert, aber auch aus Lothringen selbst bleibt die Unterstützung Derer, welche als „arme unterdrückte, heimathlose Flüchtlinge" nach Frankreich zogen, jetzt nahezu ganz aus. Sonst hatten die hier in Betracht kommenden Unterstützungsvereine Geld wie Heu, heute wollen die Elsaß-Lothringer nicht mehr zahlen. Die ihnen so lange erfolgreich vorgespiegelte Fata morgana der Revanche verfängt nicht mehr, und das künstlich erzeugte, systematisch ausgebeutete Mitleid mit den „unglücklichen" Stammesbrüdern in Frankreich auch nicht mehr. Der jüngste Rechenschaftsbericht der „Société de Protection des Alsaciens-Lorrains" ist in dieser Beziehung ein wahrer Schmerzensschrei. Es heißt in ihm wörtlich: „Der Verein hat im abgelaufenen Jahre nur 140 Elsaß-Lothringern Beschäftigung nachweisen oder Anstellungen besorgen können, da die Gelegenheit hierzu sehr selten geworden ist. In dieser Beziehung wird es nöthig werden, an das Publicum zu appelliren."

Die Besorgniß, mit welcher man die Vorgänge in **Bulgarien** von vornherein verfolgen mußte, muß sich täglich vergrößern, wenn man sieht, wie die neue Regierung in Sofia mit einer aller staatsmännischen Einsicht hohnsprechenden Ueberstürzung den Staatswagen gewaltsam aus dem alten Curse reißt und ihn in Gleise zwängt, in die er nicht paßt und in denen er leicht zerschellen kann. Dahin gehört vor Allem die Begnadigung des Metropoliten Clement von Tirnowo und seine feierliche Wiedereinführung in seine Kathedrale. Clement ist bekanntlich die Seele der russophilen Agitation in Bulgarien! Daß die Bulgaren einen solchen Systemwechsel nicht ruhig hinnehmen werden, glaubt man im Schooße der neuen Regierung selbst nicht, sonst hätte man sich nicht entschlossen, eine Proclamation an die Bevölkerung zu erlassen, die alle Demonstrationen verbietet, sonst wäre nicht im Kriegsminister seit dem Regierungswechsel alle Gewalt concentrirt, sonst wäre nicht an die militärischen Befehlshaber im Lande die Weisung ergangen, den Civilbehörden ihre „Unterstützung" zu leihen, sonst wären in Sofia selbst nicht alle Stadtviertel militärisch besetzt: kurz Bulgarien steht augenblicklich im Zeichen des Militairregiments, weil man den Ausbruch des Bürgerkrieges in aller Form befürchtet. Die Straßenunruhen hätten keinen so großen Umfang und bösartigen Charakter annehmen können, wenn nicht die Polizei, die im Geruche von Stambulow-Sympathien steht, von oben her auf Schritt und Tritt behindert, ja ihr sogar direct das Militair entgegengestellt worden wäre; meldete doch eine officiöse Sofioter Drahtnachricht nicht allein, daß „die Polizei überall durch Militair ersetzt" wurde, sondern sogar, daß die Cavallerie ein weiteres Vorgehen der Polizei verunderte, die wiederholt auf die Menge hatte schießen müssen. Wie wenig Herr der Situation die neue Regierung ist, zeigt die Veröffentlichung des Decrets, daß alle bei den Straßenunruhen Verhafteten wieder in Freiheit zu setzen seien. Wie weit man mit derlei im Angesicht eines Bürgerkrieges recht eigenthümlichen Maßnahmen kommt, die Strenge auf der einen Seite mit Schwäche auf der andern paaren, dürfte man aus der Entdeckung ersehen, daß bereits das Dynamit eine Rolle in Sofia zu spielen beginnt.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 3. Juni. Die parteitaktische Haltung der preußischen Conservativen war in der verflossenen Session des Abgeordnetenhauses eine recht eigenthümliche und zeugte von der argen Zerfahrenheit unserer parlamentarischen Verhältnisse. Die beiden wichtigsten Anliegen, welche zur positiven Erledigung gelangten, waren ohne Zweifel das Gesetz über die Landwirthschaftskammern und die evangelische Synodalordnung. Das erstere wurde durch die Conservativen und Nationalliberalen gegen den Widerspruch des Centrums zu Stande gebracht, bei dem letzteren Gesetz vertauschten die Nationalliberalen und das Centrum ihre Rollen. Diese Erscheinung hat natürlich allerlei Erörterungen in der Presse hervorgerufen, in denen namentlich eine gereizte Stimmung des Centrums hervortritt und auch von nationalliberaler Seite Bedenken geäußert werden, ob es wohlgethan sei, zur Erfüllung von Lieblingswünschen der Conservativen beizutragen, um andererseits in so wichtigen Principienfragen, wie die evangelische Kirchenverfassung, durch die Wucht der Ultramontanen unterdrückt zu werden. Die conservative Presse, soweit sie den Weisungen der „Kreuzztg." folgt, kriecht natürlich immer demüthig vor dem Centrum; im jetzigen Augenblick hat die „Kreuzztg." sogar den Muth, eine Wiedervorlegung des Zedlitzschen Schulgesetzentwurfs zu verlangen. Die Nationalliberalen in Preußen hätten unter diesen Umständen allerdings vollen Grund, alle Gemeinschaft mit den Conservativen zurückzuweisen, die jedes Entgegenkommen nur durch doppelte Unterwürfigkeit gegen das Centrum erwidern, wenn das Zusammengehen in manchen Fragen nicht durch unbefangen sachliche Erwägungen, wie wir sie bei den Landwirthschaftskammern anerkennen müssen, geboten ist. Für den großen Gesichtspunct, daß bei allen nationalen Fragen das Centrum versagt, haben die preußischen Conservativen bei ihrer heutigen Verirrung längst jedes Gefühl verloren. Wenn sie etliche reactionäre Schrullen durchsetzen können, treten bei ihnen die nationalen Interessen vollständig zurück. Und was können sie mit dieser Politik und Taktik im Reichstag, wo das Centrum in fast allen nationalen Fragen in der Opposition steht, erreichen? Die ungesunde Gestaltung unserer politischen und parlamentarischen Verhältnisse ist nicht am wenigsten durch die Fehler und Verirrungen der preußischen conservativen Partei, durch ihren Abfall von besseren alten Traditionen entstanden.

* **Berlin**, 3. Juni. Georg Evers, ursprünglich lutherischer Pastor, hat nach seinem Uebertritt zum Katholicismus mehrfach tendenziöse Schriften vom Stapel gelassen, die im Verlage von Bernhard Wehberg in Osnabrück erschienen sind. Die „Tägl. Rundsch." theilt über dieselben Folgendes mit: 1) Martin Luther's Anfänge oder wie er wurde, was er war. 1884. Dies erbauliche Schriftlein schließt mit folgenden Worten: „Wer seine (Luther's) Schriften, Briefe und Bekenntnisse mit nüchterner Aufmerksamkeit durchliest, wird den unauslöschlichen Eindruck bekommen, daß der Mann die Hölle in sich gehabt, ins Kloster hinein und wieder mit herausgebracht hat, die Hölle einer ungebändigten Hoffahrt, Sinnlichkeit und Unwahrhaftigkeit. Aus dieser Hölle ist das herausgeboren, was er angerichtet hat und trägt sein Bild." 2) Martin, der Prophet von Wittenberg. Eine Erzählung aus der Revolution des 16. Jahrhunderts für das deutsche Volk. (420 Seiten.) 1889/92. Auf Seite 6 will Luther ins Kloster eintreten und hat sich durch den Pförtner bei dem Pater Bartholomäus anmelden lassen. Jetzt stampft er zornig mit dem Fuße auf. „Die verdammte Kutte läßt mich lange warten", brummt er heftig vor sich hin. „Wenn nicht die verdammte Noth drängte" — er schlägt mit der Faust auf den Tisch — „der Teufel soll mich holen, wenn ich in dies Kuttennest auch nur einen Fuß hineinsetze." — Er blickt an den weißen, von der Talgkerze auf dem Tische nur düster beleuchteten Wänden der Zelle umher. Sein Auge fällt auf das kleine Crucifix an der Wand. „Ueberall das düstere Bild", knirscht er zwischen den Zähnen durch. „Mit einem solchen muß ich auch die Zelle theilen, wenn ich eintrete. Ach! Viel lieber hätte ich Dein Bild drin, süße Frau Cotta, die Du mich das Lieben hast kosten lassen, ja noch lieber Dich selbst oder eine andere Deines süßen Geschlechts. Es geht doch nichts über Frauenliebe."

Y. **Berlin**, 3. Juni. (Telegramm.) Der Kaiser verblieb gestern Nachmittag im Arbeitszimmer und erledigte in gewohnter Weise die laufenden Regierungsgeschäfte. Er befindet sich vollständig wohl.

— Der Kaiser hat dem Legations-Secretair bei der preußischen Gesandtschaft in Dresden, Prinzen zu Hohenlohe-Oehringen, den Charakter als Legations-Rath verliehen.

— Die wegen der Ernennung des Kaisers zum Chef des englischen Regiments Royal Dragoons nach Berlin beordnete Deputation dieses Regiments wird am 6. Juni hier eintreffen.

— Der commandirende Admiral Frhr. von der Goltz ist aus Karlsbad hier wieder eingetroffen.

— In Sachen des Reserve-Anzuges für die zur Entlassung kommenden Mannschaften wird jetzt officiös in der „Köln. Ztg." und im „Hamb. Corr." mitgetheilt, daß denjenigen Leuten, „die sich nicht rechtzeitig mit Civilkleidern haben versehen können, ein Reserve-Anzug gegen Rückfendeverpflichtung mitgegeben wird; ebenso kann nachweisbar gänzlich Unbemittelten ein ausgetragener Anzug als Eigenthum belassen werden." — Warum wird das nicht in einem amtlichen Blatte mitgetheilt? Warum läßt man erst falsche Nachrichten in die Oeffentlichkeit gelangen? Und warum braucht man so viel Zeit, sie richtig zu stellen?

— Die vom Reichsamt des Innern eingeforderten Gutachten der sachverständigen Kreise über den Plan einer staatlichen Ueberwachung des deutschen Schiffbaues haben sich bekanntlich mit verschwindenden Ausnahmen sehr nachdrücklich dagegen ausgesprochen. In unterrichteten Kreisen wird jetzt dem „Hamb. Corr." zufolge, aufs Neue bestätigt, daß angesichts dieser vorwiegend abfälligen Urtheile von der Verwirklichung des Planes endgiltig Abstand genommen wird.

— Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei findet auf Beschluß des Centralausschusses am 22., 23. und 24. September in Eisenach statt. Am vorigen Sonntag und Montag war in Berlin der vom freisinnigen Centralausschuß zur Feststellung des Entwurfs eines Parteiprogramms eingesetzte engere Ausschuß zu längeren Berathungen versammelt.

— Es wird bemerkt, daß die Synodalordnung, von der die „Kreuzztg." schon vor acht Tagen zu berichten wußte, daß sie die königliche Sanction empfangen habe, noch immer nicht publicirt ist.

— Zur Organisation des Handwerks will nach dem „Volk" der Handelsminister Freiherr v. Berlepsch einen neuen Entwurf ausarbeiten lassen, der bis zum Herbst fertig gestellt sein soll. Es werde darin eine durchaus getrennte Organisation für Innungs- und Nichtinnungshandwerker vorgeschlagen werden.

* **Friedrichsruh**, 3. Juni. Ein Termin für die Abreise des Fürsten Bismarck nach Varzin steht, wie die „Berl. N. N." hören, noch nicht fest.

* **Posen**, 3. Juni. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht bezeichnende Vorgänge auf dem Gebiet der Polonisirungsbestrebungen zu registriren sind. Heute liegen folgende Mittheilungen in der „Schles. Ztg." vor: „Im Westen der Provinz Posen hielt der Erzbischof von Stablewski dieser Tage in Begleitung einiger Mitglieder des Domcapitels eine Kirchen- und Schulvisitation ab. In den meisten katholischen Schulen der Kreise Birnbaum und Wollstein wird der Religionsunterricht in allen Classen oder doch auf der Mittel- und Oberstufe in deutscher Sprache ertheilt. Die Kinder wurden darum auch von den Lehrern deutsch geprüft und antworteten fließend und verständnißvoll. Dennoch schien die Commission nicht überzeugt zu sein, ob der Religionsstoff verstanden sei. Es wurde darum überall die Uebertragung der Antworten in das Polnische verlangt, besonders in der Simultanschule zu Kähme, die auch den Religionsunterricht in allen Classen deutsch ertheilt. Hierbei stellte sich nun heraus, daß die Kinder die polnischen Antworten häufig schuldig blieben, während sie die deutschen ohne Zögern herausbrachten. Den Revisoren soll die mangelhafte Kenntniß der polnischen Sprache sehr aufgefallen sein, und die Lehrer haben wohl gemerkt, daß man mit der Prüfung wenig zufrieden war. In Kähme knüpfen die übrigens nicht zahlreichen Polen an diesen Umstand die Hoffnung, die Simultanschule werde in zwei confessionelle Schulen umgewandelt und der katholische Religionsunterricht allen Kindern in polnischer Sprache ertheilt, auch facultativer polnischer Sprachunterricht eingeführt werden. Der „Dziennik Poznanski", der diese Hoffnung der Kähmer Polen zum Ausdruck bringt, begeht dabei, wie so häufig in Schulfragen, eine Fälschung, indem er behauptet, die Kinder hätten nicht deutsch sprechen können. Bemerkenswerth erscheint noch, daß seitens eines Herrn der Commission einem katholischen Lehrer in Kähme, der kein Wort polnisch versteht, der Rath ertheilt wurde, eine Polin zu heirathen, damit er polnisch lerne. — In Danzig, dieser urdeutschen Stadt, macht das Polenthum infolge der kräftigen Agitation Fortschritte. Es wirken dort einige polnische Vereine im nationalen Sinne. Im geschäftlichen Leben wird die polnische Sprache möglichst hervorgekehrt. Jetzt verlangt man auch regelmäßige polnische Predigten in den katholischen Kirchen. Eine kürzlich abgehaltene polnische Volksversammlung erklärte, einmüthig dahin zu wirken, daß jeden Sonntag in einer der katholischen Kirchen Danzigs ein Hochamt mit polnischer Predigt und polnischem Gesange abgehalten werde. Ebenso werde eine genügende Berücksichtigung der geistigen Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung Danzigs während des ganzen Kirchenjahres gefordert."

* **Magdeburg**, 3. Juni. Das Aeltesten-Collegium der Magdeburger Kaufmannschaft hat in seiner gestrigen Sitzung nachstehende Bitte an die Staatsregierung beschlossen:

Unbeirrt durch das Ergebniß der Abstimmung des Abgeordnetenhauses vom 18. v. M. für den Ausbau einer Wasserstraße zwischen Rhein, Weser und Elbe im Sinne des Gesetzes vom 9. Juli 1886 eintreten und insbesondere diese durch baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend den Bau eines Mittellandcanals vom Dortmund-Emscanale zur Weser und Elbe, fördern zu wollen.

* **Münster**, 1. Juni. Ein „Versicherungsverein gegen Haftpflicht für Landwirthe der Provinz Westfalen", dessen Gründung auch der Westfälische Bauernverein gutgeheißen hat, soll die Ersatzleistung für alle Entschädigungsansprüche übernehmen, welche wegen der durch Unfall oder durch Gesundheitsschädigung erfolgten Tödtung oder Schädigung von Menschen gegen Mitglieder des Vereins in ihrer Eigenschaft als landwirthschaftliche Unternehmer geltend gemacht werden, insofern nicht die landwirthschaftliche